



An die

**Landtagsfraktionen** von Bündnis90/Die Grünen, der CDU, DieLinke und der SPD sowie die

**Parteivorsitzenden** von Bündnis90/Die Grünen, der CDU, DieLinke und der SPD, der FDP sowie auch der AfD

**per Email**

## **Wahlprüfsteine für den Wahltermin am 04. September 2016**

Sehr geehrte Damen und Herren der Landtagsfraktionen,

Sehr geehrte Parteivorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern,

der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, hat sich entschlossen, sogenannte „Wahlprüfsteine“ vor der Landtagswahl im September 2016 zu erstellen. Diese Wahlprüfsteine werden an im derzeitigen Landtag vertretenen Parteien sowie an die Parteien „Die Linke“ und die „Alternative für Deutschland“ elektronisch versandt.

Wir bitten Sie, die darin aufgeworfenen Fragen zu beantworten und uns Ihre Antworten freundlicherweise bis spätestens 24. Juni 2016 per Email an [bsbd.mv.hjp@t-online.de](mailto:bsbd.mv.hjp@t-online.de) zukommen zu lassen. Ihre Antworten wollen wir dann für unsere Mitglieder und Interessierte als pdf-dateien auf unserer Internetseite veröffentlichen.

**Warum haben wir - der BSBD - diese Wahlprüfsteine erstellt?**

Der BSBD ist die stärkste Gewerkschaft im Justizvollzug Mecklenburg-Vorpommerns. Gleichzeitig ist der BSBD auch bei seiner Dachorganisation dbb stimmberechtigt vertreten.

Im Vorfeld der kommenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern sind zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs, aber auch deren Angehörige und Familienmitglieder, an uns herangetreten und haben den Wunsch geäußert, dass wir als Fachgewerkschaft die politisch Verantwortlichen aller Parteien sinngemäß fragen,

**"Quo vadis Justizvollzug mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern? Werden wir auch zukünftig nicht gesehen und weiterhin schlechter behandelt als der Polizeivollzugsdienst?"**

Auch für uns als BSBD ist das geringe Maß an öffentlichem sowie politischem Interesse am Justizvollzug und dessen Rahmenbedingungen durch Dritte überraschend gewesen. Aber es ist klar, dass viele politisch motivierte Entscheidungen (z. B. bei der Besoldung, Beihilfe, Arbeitszeit, Pensionsalter, Höhe der Pension) auch unmittelbare Auswirkungen auf das Umfeld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug haben – darüber hinaus auch in den Freundeskreis ausstrahlen. Gerade auch die dramatischen politischen Umbrüche bei den bisher gelaufenen Landtagswahlen in anderen Bundesländern lassen viele Bedienstete in MV aktuell daran zweifeln, dass sie von den aktuellen Regierungsparteien in Mecklenburg-Vorpommern gerecht behandelt/ihre Interessen als Vollzugsbedienstete vertreten werden.

Bitte berücksichtigen Sie dies auch bei der Beantwortung unserer Fragen.

**Wir - der BSBD - sehen den Justizvollzug in Mecklenburg-Vorpommern als eine tragende Säule des "Systems der Inneren Sicherheit". Wir sind - in unserem Erleben - für die Landesregierung jedoch eher der „Wurmfortsatz“/lästig!**

Was wären z.B. die Ermittlungserfolge der Polizei wert, wenn nach erfolgter Festnahme und richterlichem Urteil zur Verbüßung einer Haftstrafe der Vollzug der Freiheitsstrafe nicht intensiv durch hochqualifiziertes Personal in den Justizvollzugsanstalten dazu genutzt werden würde, den gesetzlich vorgegebenen Zielen der Resozialisierung und Behandlung der Inhaftierten sowie deren wirksamen Sicherung nachzukommen. Deshalb ärgert es uns sehr, dass in Diskussionen in unserem Bundesland das Thema Sicherheit nur mit Blick auf die Polizei behandelt und damit offenkundig wird, dass Sicherheit zum Wahlkampfthema mutiert und nicht mehr zielorientiert betrachtet wird. Es gibt auch Beamte außerhalb der Lehrerschaft und der Polizei, müssen wir Ihnen daher zurufen/verdeutlichen!

Es ist das Ziel des Vollzuges, dass er mit der Entlassung des Inhaftierten der Polizei nicht den "nächsten Kunden" erneut vorsetzt.

An diesem sowie am Ziel der sicheren Unterbringung und somit des Schutzes der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten wollen unsere Kolleginnen und Kollegen auch erfolgreich weiterarbeiten, und Sie bitten, die für ihre schwierige Aufgabenerfüllung notwendigen Rahmenbedingungen (*ausreichender Personalkörper, Motivation der Kolleginnen und Kollegen*) zu schaffen bzw. zu erhalten.

Der Justizvollzug ist eine mehrheitlich vom sogenannten "Mittleren Dienst" geprägte Organisation und die teilweise in der öffentlichen Berichterstattung (hier werden wir durch gewerkschaftliche Arbeit und vorangegangene politische „Fehlentscheidungen“ wahrgenommen) genannten Zahlen zu Besoldung und anderen Gehaltsbestandteilen rufen meist nur ungläubiges Kopfschütteln hervor. Die Bediensteten fühlen sich zunehmend von der Politik nicht mehr verstanden und wahrgenommen. Eine Erscheinung, die sich auch in anderen Bereichen der Gesellschaft zunehmend zeigt und auch bei uns große Sorge auslöst. Gerade auch im Wettbewerb um qualifizierte Neueinstellungen – guten „Nachwuchs“ zeigt sich immer mehr, dass mit einer „Karriere in diesem Justizvollzug“ immer weniger Menschen liebäugeln wollen. Hier gilt es unseres Erachtens, die gesamten Strukturen im Justizvollzug, gerade auch im Bereich der personellen Ausstattung und der Besoldung, kritisch zu hinterfragen und innovative Wege zu gehen.

Schritte wurden durch die Landesregierung derzeit nur „im negativen Sinne“ in Angriff genommen, aber das kann doch nicht sein, dass es im Vollzugsdienst zwei Klassen

- die Guten = Polizei und die Stiefkinder = Justizvollzug - für Sie, die Politiker, gibt. Dem „Patienten Justizvollzug“ kann nur durch eine „kurzfristigen Eingriff“ - .... nachhaltig geholfen werden.

Natürlich gab und gibt es auch spezielle, sehr justizvollzugstypische Fragestellungen, die uns oft schon Jahre begleiten und die wir hier nur stichwortartig kurz ins Gedächtnis rufen wollen:

Der privatfinanzierte Bau der JVA Waldeck hat sich vor dem Hintergrund der zu erfolgenden Restzahlung als finanzieller Flop erwiesen!

Drogenproblematik im Justizvollzug und Zunahme der durch exzessiven Substanzmissbrauch physisch und psychisch stark geschädigten Inhaftierten.

Problematik "subkultureller Strukturen" - hier derzeit in MV eher osteuropäische sowie „Rocker“ - im Justizvollzug: Hier muss auch die Frage gestellt werden, ob und wie der Justizvollzug auf die bestehenden, aber auch auf neue Problemgruppen (wie z.B. islamistische Radikalisierungstendenzen in Vollzugsanstalten) reagieren will/können wird.

Die Gewaltbereitschaft "auf der Straße" gegenüber staatlichen Organen (Polizei, Ämter) spiegelt sich naturgemäß auch im Alltag innerhalb der Justizvollzugsanstalten wider. Unsere Beamten werden durch Gerichte bei Beleidigungen und anderen Übergriffen schlecht geschützt – andere Bundesländer sorgen deutlich besser für das Vollzugspersonal!

Justizvollzug bedeutet gelebte multikulturelle Gesellschaft, also eine Vielfalt an ethnischen und religiösen Gruppierungen, die in einer Justizvollzugsanstalt oft zu Spannungen und Konflikten führt. Gerade auch die enormen Herausforderungen der Zuwanderung werden hier neue Aufgabenfelder für den Justizvollzug mit sich bringen, auf die der Justizvollzug vorbereitet sein muss.

Funktionierende Vollzugseinrichtungen werden auch in MV, den rein fiskalischen Forderungen des FM/Rechnungshofes folgend, nur noch nach dem bewertet, was sie kosten, nicht jedoch nach dem, was sie (für die Gesellschaft) wert sind. Eine fatale Abwärtsspirale, die auch erhebliche soziale Anspannungen für die Bediensteten mit sich brachte und weiter bringen wird. Wir sorgen uns, dass bei uns die „Gerichtsstrukturreform“ fortgesetzt wird.

### **Daher also unsere Fragen an Sie...**

1. Werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung im Bereich des Justizvollzuges Privatisierungsbemühungen nachgehen?
2. Aktuell schwebt über uns im Justizvollzug das Damoklesschwert der Dienstpostenbewertung - vermutlich unter dem Einsparungsdiktat von FM. Parallel soll eine Arbeitsgruppe den „Personaleinsatz“ in den Vollzugsanstalten betrachten - optimieren oder einsparen? Des Weiteren will das JM auch bei uns die elektronische Akte einführen. Dies alles muss der Justizvollzug mit der eigenen Personalausstattung bewältigen.... Werden Sie uns unterstützen, damit die Personalvertretungen und auch der BSBD frühzeitig beteiligt werden?
3. Werden Sie uns das notwendigen Personal für den gesicherten und sicheren, auch an Behandlung und Resozialisierung orientierten, Betrieb der Justizvollzugsanstalten zubilligen, und werden Sie dafür eintreten, dass neue Anwärter eingestellt/ausgebildet werden – Altersabgänge adäquat ersetzt werden?
4. Werden Sie die Altersgrenzenanhebung, die im Zuge der Dienstrechtsreform auch im Justizvollzug stattgefunden hat, kritisch prüfen und insbesondere eine Regelung wie in Bayern, wo weiterhin ein Pensionseintritt mit 60 Jahren ohne Abschlag gerade auch für den besonders belasteten Bereich der Schicht- und Wechseldienstler möglich ist, in Erwägung ziehen?

5. Werden Sie für ausreichende finanzielle Mittel für ein Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung eintreten?
6. Werden Sie den Bediensteten des Justizvollzuges, analog zu den Bediensteten der Polizei, zukünftig die Wahlmöglichkeit zwischen der „Beihilfe“ oder der „Freien Heilfürsorge“ zu Beginn der Dienstzeit einräumen, um die empfundene soziale Ungerechtigkeit zu mildern?
7. Werden Sie sich dafür einsetzen, um in dem besonders benachteiligten Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes (2. Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1) in den Vollzugsanstalten geeignete Maßnahmen unter **Beteiligung des BSBD** treffen, die gewährleisten, dass die hier offenkundige Ungleichbehandlung zu den Kollegen des Polizeivollzugsdienstes endlich beseitigt wird? *Stichworte für Sie: Beförderungsmöglichkeiten, „das Bekleidungsgeld“ für die Dienstbekleidung - Anhebung auf das Niveau in westlichen Bundesländern*
8. Werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung anstreben, das Eingangsamts im mittleren Verwaltungsdienst auf A 7 sowie für den Allgemeinen Vollzugsdienst auf A 8 anzuheben?
9. Werden Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung anstreben, die Besoldungsgruppen der Anstaltsleitungen, Verwaltungsleitungen, Vollzugsabteilungsleitungen, Vollzugsdienstleitungen und Werkdienstleitungen entsprechend der jeweils in den vergangenen Jahren deutlich ausgeweiteten Verantwortungsbereiche und vor dem Hintergrund des schon jetzt spürbaren Fachkräftemangels anzupassen?
10. Für die Beamtinnen und Beamten im Justizvollzug und ihre Familien stellt sich zunehmend die Frage, ob sie sich noch auf ihren Dienstherrn in Bezug auf Besoldung und Versorgung verlassen können, oder gelten Worte und Zusagen, die bei der Einstellung bekundet werden, nur noch bis zur nächsten Wahl? Folgende Fragen tauchen regelmäßig auf:
  - a. Was wird aus meiner Pension? Warum wird diese als „große Last“ sogar von politisch Verantwortlichen bezeichnet?

- b. Planen Sie Eingriffe im Bereich der Pensionen, zum Beispiel durch eine Absenkung der Pensionsbezüge?
- c. Die Absenkungen und Eingriffe der Landesregierung im Bereich der Beihilfe waren für die im mittleren Dienst befindlichen Vollzugsbediensteten teilweise sehr belastend, ja dramatisch. Planen Sie im Bereich der Beihilfe weitere Eingriffe?
- d. Warum werden wir Beamte im Justizvollzug sprichwörtlich nur nach dem bemessen, was wir kosten, aber nicht nach dem, was wir wert sind?
- e. Werden Sie zukünftige Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich auch wieder auf die Beamtinnen und Beamten übertragen? Werden wir weiterhin von den Tarifbeschäftigten abgekoppelt?
- f. Wir im Justizvollzug in Mecklenburg-Vorpommern leisten schon lange unseren Beitrag zum schlanken Staat, gerade auch, weil wir nur über einen schlanken Personalkörper verfügen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dem Justizvollzug, nach der anstehenden Analyse der Situation, endlich den Personalkörper zuzugestehen, der aus unserer Sicht erforderlich ist, um dem gesetzlichen Auftrag/den gesetzlichen Aufträgen genügen zu können?

Mit bestem Dank für Ihre Mühe

und mit freundlichen Grüßen

  
Hans-Jürgen Papenfuß

Landesvorsitzender des BSBD MV